Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. Mk. 15.—, vierteljährl. Mk. 45.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 48.— einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 75 Pfg. :: Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtssparkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum Mk. 1.50, auswärts Mk. 2.00. :: Reklamezeile Mk. 5.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterteilung werden jeweils 1 Mk. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. :: In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlaßgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gack in Wildbad.

Nummer 126 | Fernruf 179 | Wildbad, Donnerstag, den 1. Juni 1922 | Fernruf 179 | 57. Jahrgang

Tagesspiegel

Durch WTB. wird der Wortlaut der am 29. Mai der Entschädigungskommission übergebenen Note der Reichsregierung zu den Forderungen der Kommission veröffentlicht. Der Inhalt ist bereits bekannt. Die Forderungen werden im wesentlichen angenommen. Der Pariser „Matin" schreibt, die deutsche Note habe bei den in Paris versammelten Bankiers einen guten Eindruck gemacht.

Lloyd George wurde gegen seine Absicht durch Führer der Arbeiterpartei veranlaßt, im Unterhaus über die Entschädigungsfrage zu reden.

Am 1. Juli wird laut T.-U. den Vereinigten Staaten ein Abkommen über eine neue Gehalts- und Lohnordnung in Kraft treten, der zufolge die Lohneinkommen um 43 Millionen Dollar (14,5 Milliarden Mark) jährlich herabgesetzt werden.

Die — allerdings nicht immer zuverlässige — „Chicago Tribune" in Paris meldet aus Washington, amtlich werde bestritten, daß der mexikanische General Felix Diaz auf amerikanischem Boden (Texas) ein Heer von 15 000 Mann gesammelt habe, um durch einen Einfall in Mexiko den Präsidenten Obregon zu stürzen.

Die Zwangsanleihe

I.

Die im Oktober dieses Jahres bevorstehende Durchführung der Zwangsanleihe findet auffallenderweise, trotz der ungeheuren Bedeutung für unsere Volkswirtschaft bis jetzt nur wenig Beachtung, wohl deshalb, weil die Zeichnungsverpflichtung das Einkommen als solches unberücksichtigt läßt und nur das Vermögen, ob es nun in Bargeld und Wertpapieren oder in Liegenschaften besteht, heranzieht. Viele denken, da sie von der Zeichnungspflicht befreit seien, gehe sie die Zwangsanleihe überhaupt nichts an. Das ist natürlich sehr kurzsichtig, denn man kann nicht mit einem Schlag 100 Milliarden Goldmark und mehr aus einer Volkswirtschaft herausziehen und sie, wie in diesem Fall, an ein feindliches Ausland dahingeben, ohne daß die Auswirkungen sich bis in die kleinsten Verästelungen des Volkskörpers fühlbar machen. Die Reichsregierung und mit ihr die Mehrheit des Reichstags, wie sie im bekannten Steuerkompromiß sich bildete, sind überzeugt, daß der Aderlaß ohne gefährliche Fieber des Patienten zu vollziehen sei. Einen andern Standpunkt nimmt der frühere Staatsminister Dr. Helfferich, einer der gründlichsten Kenner des deutschen Wirtschaftswesens, ein. Er glaubt von der Zwangsanleihe geradezu den Zusammenbruch unserer Finanzwirtschaft erwarten zu müssen. Die Begründung seiner Ansicht, die er in der D. Tagesztg. veröffentlicht, ist auf alle Fälle von großem Interesse und wir geben sie auszugsweise im Nachstehenden wieder, ohne sachlich zu ihr Stellung zu nehmen.

Wie sieht die Zwangsanleihe aus?

Die Zwangsanleihe ist bis zum 1. Oktober 1925, also für die ersten drei Jahre, unverzinslich. Sie soll dann für weitere 5 Jahre nur 2½ Prozent und schließlich vom 1. Oktober 1930 ab 4 Prozent Zinsen tragen. Vom 1. Oktober 1925 ab soll sie mit ½ Prozent des ursprünglichen Nennbetrags zuzüglich ersparter Zinsen durch Rückkauf zum Börsenkurs (nicht etwa durch Auslosung zum Nennwert) getilgt werden. Irgendwelche Befreiung von Kapitalertragssteuer oder sonstigen Abgaben ist nicht vorgesehen.

Bei dieser Ausstattung der Anleihe und angesichts der Tatsache, daß die 5prozentigen Kriegsanleihen trotz des Rückhalts, den sie in der Aufnahmetätigkeit der Kriegsanleihe-A.-G. haben, nicht höher als 77½ Prozent stehen, wird man den tatsächlichen Wert, der bei einem Verkauf für die Stücke der Zwangsanleihe zu erzielen sein wird, kaum höher als mit 35 Prozent des Nennwerts annehmen können, zumal wenn man berücksichtigt, daß der Betrag der neuen Zwangsanleihe höher sein wird als der gesamte Nennbetrag der heute im Besitz des Publikums befindlichen neun Kriegsanleihen (etwa 70 Milliarden Mark). Da die Zeichnungspflichtigen auf die Zwangsanleihe den vollen Nennwert einzahlen müssen, stellen etwa 60 Prozent der Zwangszeichnung eine Vermögensabgabe dar.

Eine Verpflichtung zur Beleihung der Zwangsanleihe soll weder der Reichsbank noch den Reichsdarlehenskassen auferlegt werden; die Beleihbarkeit der Zwangsanleihe soll vielmehr dem „freien Markt" überlassen bleiben. Es ist nicht wahrscheinlich, daß auf die Zwangsanleihe im Wege der Lombardierung mehr als 25 Prozent des Nennwerts zu beschaffen sein werden, und auch das nur zu hohen Zinsen. Volle 75 Prozent des Nennwerts werden die Zeichnungspflichtigen in anderer Weise aufbringen müssen.

Wer ist zeichnungspflichtig?

Alle natürlichen und juristischen Personen, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die am 1. Januar 1923 vermögenssteuerpflichtig sind, und zwar auf Grund des Vermögens, das für den 31. Dezember 1922 zur Reichsvermögenssteuer veranlagt wird. Ausgenommen sind jedoch die Vermögen, die den Betrag von 100 000 ℳ nicht übersteigen; außerdem diejenigen natürlichen Personen, deren Vermögen hauptsächlich aus Kapitalvermögen im Sinn des § 9 des Reichsvermögensgesetzes (im Gegensatz zu Grundvermögen und Betriebsvermögen) besteht, vorausgesetzt, daß das Vermögen den Betrag von 1 Million Mark und daß das Einkommen des Kalenderjahrs 1921 den Betrag von 40 000 ℳ nicht übersteigt.

Angesichts der scharfen Bewertungsvorschriften des Vermögenssteuergesetzes und angesichts der fortschreitenden Entwertung unseres Geldes wird also auch der gesamte mittlere und ein großer Teil des kleinen Besitzes in Landwirtschaft und Gewerbe von der Zeichnungspflicht erfaßt.

Wie ist die Zeichnungspflicht bemessen?

Die zu zeichnende Zwangsanleihe beträgt:

von den ersten 250 000 ℳ des Vermögens 2 v. H. des Vermögens
für die nächsten 250 000 ℳ des Vermögens 4 v. H. des Vermögens
für die nächsten 250 000 ℳ des Vermögens 6 v. H. des Vermögens
für die nächsten 250 000 ℳ des Vermögens 8 v. H. des Vermögens
für die weiteren Beträge 10 v. H. des Vermögens.

Ueberbezahlungen auf den endgültig zu entrichtenden Betrag des Reichsnotopfers sollen auf die Zwangsanleihe angerechnet werden. Zinsen auf diese Ueberbezahlungen will die Regierung offenbar nur vergüten, wenn die Ueberbezahlung in bar, nicht auch wenn sie in Kriegsanleihe bezahlt ist. Der volle Betrag der Zwangsanleihe soll im Lauf des Monats Oktober dieses Jahrs eingezahlt werden.

Wie hoch stellt sich die Zwangsanleihe?

Nach dem Steuerkompromiß soll sie 1 Milliarde Goldmark (gleich 60 Milliarden Papiermark) betragen. Die Regierungsvorlage berechnet das gesamte der Zeichnungspflicht unterliegende deutsche Volksvermögen auf nur 1200 Milliarden Papiermark, den Durchschnittssatz, zu dem die zeichnungspflichtigen Vermögen herangezogen werden, auf 5 Prozent. 5 Prozent von 1200 Milliarden Papiermark ergeben 60 Milliarden Papiermark gleich einer Milliarde Goldmark. 1200 Milliarden Papiermark sind bei dem von der Regierung angenommenen Entwertungsfaktor von 60 nur 20 Milliarden Goldmark; bei dem Entwertungsfaktor von 75, der dem heutigen Dollarkurs von durchschnittlich 300 entspricht, sogar nur 16 Milliarden Goldmark. Wenn diese Einschätzung des Volksvermögens richtig wäre, so bliebe es unverständlich, wie für das deutsche Volk ein Schuldschein an die feindlichen Staaten von 132 Milliarden Goldmark und mehr als 4 Milliarden Goldmark Jahreszahlungen unterschrieben werden konnte.

Es handelt sich bei der Zwangsanleihe nicht darum, eine Entlastung des deutschen Volks von untragbaren Verpflichtungen zu erreichen, sondern möglichst viel „Reparationszahlungen" herauszuholen. Je niedriger das deutsche Volksvermögen veranschlagt wird, desto höher kann man den Prozentsatz der ihm auferlegenden Last bemessen, damit nämlich die Goldmilliarde herauskommt, und desto mehr wird die Zwangsanleihe erbringen. Eine Durchschnittsbelastung von 5 Prozent gibt bei 20 Goldmilliarden steuerbaren Vermögens die vereinbarte Goldmilliarde; sollte sich herausstellen, daß in Gold gerechnet das steuerbare Vermögen beträchtlich höher ist als 20 Milliarden, dann werden vielleicht durch die Zwangsanleihe auch 2 Milliarden Goldmark und mehr herauskommen. Eine Zurückerstattung des über die vereinbarte Milliarde hinaus eingehenden Betrags, etwa im Weg der Verrechnung auf die Reichsvermögenssteuer, sieht der Entwurf nicht vor.

Die Absicht, aus der Zwangsanleihe einen die vereinbarte Goldmilliarde überschreitenden Betrag herauszuholen, drängt sich doppelt auf, wenn man sich die 5 Prozent Durchschnittsbelastung etwas genauer ansieht. Bei den Sätzen der Vorlage würden also allein die Zeichnungen der Vermögen von mehr als einer Million Mark — berechnet und umgerechnet nach der letzten Veranlagung zur preußischen Ergänzungssteuer von 1917 und unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Vermögensverminderung des Mittelstands — mehr als die 5 Prozent des Gesamtvermögens erbringen, auf die die Regierung als Ergebnis der sämtlichen Zwangszeichnungen rechnet. In Wirklichkeit ergibt also, wenn man die preußische Vermögensschichtung von 1917 zugrunde legte, der von der Regierung für die Zwangsanleihe aufgestellte Tarif einen Durchschnittssatz, der näher bei 7 als bei 5 liegen dürfte.

Helfferich schätzt die durchschnittliche Belastung der zeichnungspflichten Vermögen auf Grund des Tarifs der Regierungsvorlage auf mindestens 7½ Prozent.

Sogar wenn das zeichnungspflichtige Volksvermögen nur 20 Milliarden Goldmark betragen würde, müßte danach die Zwangsanleihe statt der vereinbarten einen Milliarde Goldmark mindestens 1½ Milliarden Goldmark = mehr als 100 Milliarden Papiermark erbringen. Da aber die Schätzung des zeichnungspflichtigen Vermögens mit 20 Milliarden Goldmark zweifellos stark hinter der Wirklichkeit zurückbleibt, ist die dem deutschen Volk mit der Zwangsanleihe zugedachte Belastung noch beträchtlich stärker.

Die Verpflegungszulagen der feindlichen Truppen

Die Südd. Ztg. ist in der Lage, nähere Angaben über die neu geforderten Erhöhungen der Zulagen für die Mitglieder der verbandstaatlichen Ueberwachungsausschüsse zu machen. Nach der Entscheidung des Finanzausschusses des Botschafterrats vom 15. April, die allerdings erst vor einigen Tagen durch General Nollet dem Auswärtigen Amt in Berlin bekanntgegeben wurde, beziehen für die Zeit vom 1. März bis 30. Juni folgende Zulagen, d. h. Zulagen außer ihrem Gehalt in fremder Währung, das ebenfalls von Deutschland bezahlt werden muß:

1. General und Vorsitzender 71 050 ℳ.
2. Generale, Oberste, Oberstleutnants in leit Stellung 53 025 ℳ.
2. Generale, Oberste, Oberstleutnants in leit. Stellung 37 875 ℳ.
4. Majore 34 100 ℳ.
5. Hauptmann und Leutnant 32 200 ℳ.
6. Unteroffiziere 17 500 ℳ.
7. Soldat 10 600 ℳ.

Das ist einfach unerhört!

Neue Vorschriften über den Ankauf von Kartoffeln

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat in einer Verordnung die Vorschriften über den Ankauf von Kartoffeln für das kommende Wirtschaftsjahr wesentlich verschärft. Die unerfreuliche Entwickelung der Kartoffelpreise beruhte zu einem erheblichen Teile auf dem Umstande, daß in den Ueberschußgebieten eine allzugroße Zahl von Personen gleichzeitig mit dem Ankauf von Kartoffeln sich befaßte, und daß sich darunter vielfach zweifelhafte und sachunkundige Leute befanden. Auf diese Weise wurden die Kartoffelpreise dauernd überboten.

Nach der neuen Verordnung bedürfen zum Großhandel mit Kartoffeln vom 1. August 1922 ab, sämtliche Personen einer neuen besonderen Erlaubnis. Diese Erlaubnis wird von den für die Erteilung der allgemeinen Handelserlaubnis zuständigen Stellen erteilt, sofern nicht seltens der Länder besondere Stellen bestimmt werden; sie gilt für das ganze Reich. Alle sonstigen Personen, auch die Angestellten und Beauftragten der Inhaber der Kartoffel-Handelserlaubnis, dürfen vom 1. August ab zum Wiederverkauf, zur gewerbsmäßigen Verarbeitung oder zur Deckung des Kartoffelbedarfs einer Mehrheit von Verbrauchern Kartoffeln beim Erzeuger nur mit einer besonderen Ankaufserlaubnis ankaufen, welche von der höheren Verwaltungsbehörde des Ankaufsbezirk neu zu erteilen ist. Diese Erlaubnis beschränkt sich auf den Bezirk der sie erteilenden Behörde.

Die Erlaubnis zum Handel mit Kartoffeln sowie die Ankaufserlaubnis können fortab wie bisher wegen mangelnder Sachkunde des Antragstellers in Bezug auf den Kartoffelhandel, wegen mangelnder Zuverlässigkeit, sowie — dies ist eine wichtige Neuerung — wegen Fehlens eines volkswirtschaftlichen Bedürfnisses versagt werden. Vor der Erteilung der Erlaubnis zum Handel mit Kartoffeln sowie der Ankaufserlaubnis müssen Sachverständige gehört werden. Die Inhaber der Erlaubnis zum Handel mit Kartoffeln und die sonstigen Aufkäufer haben den Erlaubnisschein, der zwecks besserer Ueberwachung mit dem Lichtbild des Inhabers versehen sein muß, beim Ankauf von Kartoffeln beim Erzeuger bei sich zu führen und auf Verlangen vorzuzeigen. Neu ist ferner die Bestimmung, daß auch der Landwirt sich strafbar macht, der an Aufkäufer Kartoffeln verkauft, die sich nicht als Inhaber einer Ankaufserlaubnis ausweisen können; ebenso die Bestimmung, daß der Ankauf von Kartoffeln innerhalb des eigenen Kommunalverbands an die Erlaubnis gebunden ist.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Bedeutsame Entschließung der Reichssteuerbeamten

Der Bundestag des Bunds deutscher Reichssteuerbeamten hat in seiner Tagung vom 20. bis 24. Mai in Heidelberg folgende **Entschließung** gefaßt: „Die von der Entschädigungskommission vor kurzem erneut gestellten **unerfüllbaren Forderungen** zwingen dem ausgepreßten deutschen Volk ein Sklavendasein auf und nehmen ihm jede völkische Selbständigkeit. Die deutsche Regierung darf gewiß sein, daß die im Bund deutscher Reichssteuerbeamten zusammengeschlossene Beamtenschaft es eintretendenfalls **ablehnen** wird, von unserem armen Volk fernerhin **Unsummen an Steuern zu erpressen, die nicht dem Wiederaufbau dienen, sondern den Besatzungstruppen ein Wohlleben ermöglichen,** das in schroffem und schreiendem Gegensatz zur ärmlichen Lebenshaltung des allergrößten Teils des deutschen Volks steht. Die Steuerbeamtenschaft wird auch weiterhin ihre volle Pflicht tun, wenn es gilt, unseren ernsten Erfüllungswillen zu zeigen. Zur Erfüllung von Ansprüchen, die über die deutsche Leistungsfähigkeit hinausgehen und das deutsche Volk noch mehr ins Elend hineinreißen müssen, wird sich die Steuerbeamtenschaft dagegen keineswegs entschließen können.

Gleichzeitig erklären alle Vertreter des besetzten Gebiets mit Rücksicht auf die in den allerletzten Tagen wieder einsetzenden Arbeiten **schamloser Vaterlandsverräter,** die im Verein mit unseren ehemaligen Gegnern das Rheinland von Preußen und dem deutschen Vaterland trennen wollen, daß sie einer nicht verfassungsmäßigen Gewalt im Rheinland **keine Gefolgschaft leisten.**"

Deutscher Reichstag

Berlin, 31. Mai. Der Reichskanzler empfiehlt die Annahme des Vertrags zwischen **Deutschland und Dänemark** zur Regelung der durch den Uebergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark entstandenen Fragen.

Abg. Frohme (Soz.) stimmt dem Vertrage zu.

Abg. Thomsen (DN.) erkennt die unter dem Druck des Versailler Gewaltvertrags willkürlich gezogene Grenze nicht an. Die Zustimmung seiner Partei zu dem Vertrag ändere nichts an dem Protest gegen das Deutschland zugefügte Unrecht.

Abg. Runkel (DVP.) stimmt dem Vertrag zu, hält aber den Schutz der Minderheit durch den Widerstand der dänischen Regierung für nicht genügend gesichert.

Abg. Dr. Breitscheid (USP.) bedauert ebenfalls, daß der Minderheitenschutz nicht ausreichend durchgeführt ist.

Abg. Gothein (Dem.) spricht das Vertrauen zur dänischen Regierung aus, daß sie den deutschen Minderheiten gerecht werde.

Der Vertrag wird hierauf in zweiter und dritter Lesung fast einstimmig angenommen.

Der Gesetzentwurf über die **Erhöhung der Zulagen** über die **Unfallversicherung,** wobei das Jahresarbeitsverdienst dem gesunkenen Geldwert entsprechend höher angerechnet werden soll, wird ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso der Entwurf über Erhöhung der Versicherungspflicht in der **Krankenversicherung,** der die Erhöhung der Beitragspflicht auf 72 000 ℳ vorsieht, desgleichen die Gesetze über Wochenhilfe und Wochenfürsorge, über die Aenderung von Geldbeiträgen in der Sozialversicherung und in der teilweisen Umgestaltung der Angestelltenversicherung durch die Ausdehnung der Beitragspflicht auf 100 000 ℳ.

Auch das **Soldatenversicherungsgesetz** und der Gesetzentwurf über die Regelung der Verwaltungskostenbeiträge bei Tilgungsdarlehen werden in zweiter und dritter Lesung genehmigt.

Hierauf wird der **Mißtrauensantrag** der Deutschnationalen Volkspartei gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten **abgelehnt.**

Aus dem Reich

Handel und Industrie gegen die Zwangsanleihe.

Berlin, 31. Mai. Die Hauptverbände des Groß- und Einzelhandels der Industrie und der Banken gaben eine gemeinsame Erklärung ab, die sich gegen die Zwangsanleihe und die Art ihrer Durchführung, besonders gegen die Aufbringung der Anleihe innerhalb eines einzigen Monats in kurzer Zeit richtet. Es wird verlangt, daß die Anleihe vom Beginn des vierten Jahres an mit mindestens 5 Prozent verzinst und zum Nennwert auf die Erbschaftssteuer und andere geeignete Steuern zu einem bestimmten Bruchteil in Rechnung genommen werden solle. Ferner soll eine angemessene Beleihbarkeit, durch die Darlehenskasse gesetzlich festgelegt werden. Ueber die Festlegung des Dauerwerts der Vermögensgegenstände müsse vor Verabschiedung des Gesetzes Klarheit geschaffen werden; die im Entwurf vorgesehene „Abgabe" für etwaige unrichtige Selbsteinschätzung eines künftigen Vermögens sei unbedingt abzulehnen.

Das sächsische Polizeigesetz abgelehnt

Dresden, 31. Mai. Das neue Polizeigesetz des Ministers Lipinski ist mit den Stimmen der bürgerlichen und der kommunistischen Parteien abgelehnt worden. Dafür stimmten die beiden Regierungsparteien, Sozialdemokraten und Unabhängige.

Aus dem besetzten Gebiet

St. Goar, 31. Mai. In kürzester Zeit soll das Städtchen St. Goar für die Dauer von 2—3 Monaten mit 6—800 französischen Pionieren, die ihren Standort in Bibrich a. Rh. haben, belegt werden. Die Pioniere sollen Brückenschlagübungen vornehmen. Diese Maßnahme bedeutet für die Stadt St. Goar, die knapp 2000 Einwohner zählt, und dazu noch fast ausschließlich von dem starken Fremdenverkehr des Sommers lebt, eine schwere wirtschaftliche Schädigung der gesamten Bevölkerung. Geradezu unerhört ist es, daß mit den Soldaten eine ganze Anzahl verheirateter Offiziere und Unteroffiziere mit ihrer ganzen Familie nach St. Goar kommen, für die Wohnungen beschafft werden müssen.

Mainz, 31. Mai. Der Sekretär des französischen Generalkonsulats in Mainz ist wegen bedeutender Unterschlagungen und Urkundenfälschung in Paris verhaftet worden.

Dresden, 31. Mai. An der sächsisch-böhmischen Grenze haben, wie amtlich bestätigt wird, französische Flugzeuge wiederholt sächsisches Gebiet überflogen, um Aufnahmen von Industrieanlagen usw. zu machen. Dem Auswärtigen Amt in Berlin ist Mitteilung gemacht worden.

Jubiläumstagung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

München, 31. Mai. Unter starker Beteiligung aus dem ganzen Reich wurde gestern die 50. Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats eröffnet. In verschiedenen Entschließungen wurde betont, daß die von der Regierung beabsichtigte neue Getreideumlage eine ungerechte Sonderbesteuerung der Landwirtschaft sei, das Hilfswerk der Landwirtschaft aufs äußerste erschweren oder ganz unmöglich machen würde. Zu einer Brotverbilligung für die wirklich Minderbemittelten wäre die Landwirtschaft bereit, wenn in gleicher Weise die leistungsfähigen Schichten aller Erwerbsstände herangezogen würden. Es wurde die Beschaffung eines Getreidevorrats zum Marktpreis im freien Verkehr empfohlen. Reichsernährungsminister Fehr verteidigte den Standpunkt der Regierung. Es sei mit einer geringeren Ernte als 1921 zu rechnen und eine starke Spekulation werde die Brotversorgung erschweren. Daher wolle die Regierung die Umlage beibehalten, die Preise müßten aber die Erzeugungskosten decken. Die Bestimmungen sollen die Möglichkeit bieten, den Kreis der Versorgungsberechtigten zu beschränken. Ueber die Preisfestsetzung schweben noch Erwägungen. Der Minister erklärte, er sei früher selbst Gegner der Getreideumlage gewesen, die Verhältnisse haben sich aber jetzt geändert.

Das Gold der bayerischen Notenbank

München, 31. Mai. Die Aktionäre der Notenbank sind bestrebt, den Goldbestand der Bank für sich in Anspruch zu nehmen. Abg. Knillinger (B. Volksp.) hat daher im Landtag eine Anfrage eingebracht, welche Stellung die Regierung zu diesem Vorhaben einnehme.

Vom Ausland

Der „große Stock" für Deutschland

London, 31. Mai. Der frühere englische Botschafter in Paris, Lord Derby, sagte in einer Rede, der Vertrag von Versailles sei etwas Heiliges. Wenn man wissen wolle, was Deutschland bezahlen könne, so dürfe man nicht darauf hören, was Deutschland vorrechne, sondern England und Frankreich müssen gemeinsam Deutschland in den großen Stock legen und auf diese Weise ein Geständnis von ihm erzwingen. (Der große Stock ist ein Folterwerkzeug, in das vor einigen hundert Jahren Kopf, Arme und Beine der Verbrecher eingespannt wurden).

Poincarés Bedingungen für Haag.

London, 31. Mai. In Regierungskreisen verlautet, Poincaré werde bei seinem Besuch in London die Beteiligung an der Haager Konferenz davon abhängig machen, daß Lloyd George einer Umbildung der Regierung in Rußland zustimme. Die bolschewistische Regierung verdiene kein Vertrauen. Da man sie aber zurzeit auch nicht beseitigen könne, sollen die andern Parteien Rußlands in die Regierung mit hineingebracht werden.

Tschitscherin soll bei der Regierung in Moskau wegen allzu großer Nachgiebigkeit in Genua in „Ungnade" gefallen sein.

Frankreich bleibt einmarschbereit.

Paris, 31. Mai. Der seit 27. Mai versammelte Landesverteidigungsrat, der zur Leitung des Einmarsches in Deutschland einberufen worden war, erhielt von der Regierung Kenntnis, daß die Entschädigungskommission Deutschland eine weitere Frist bis 15. Juni eingeräumt habe. Der Rat vertagte sich darauf bis 13. Juni, die militärischen Vorbereitungen bleiben aber bestehen.

Württemberg

Stuttgart, 31. Mai. Vom Landtag. Der Bittschriftenausschuß beantragt, daß das Staatsministerium beim Reichskanzler vorstellig werde, daß Reichsakten, die zur Prüfung von Eingaben württ. Staatsangehöriger benötigt werden, dem Landtag nicht vorenthalten werden dürfen.

ep. **Stuttgart,** 31. Mai. Ev. Landeskirchenversammlung. In den Verhandlungen der Ev. Landeskirchenversammlung über das Wahlgesetz zum Landeskirchentag wurde gegen die Verhältniswahl besonders angeführt, daß dadurch mit Notwendigkeit die Parteibildung und ein eigentliches Parteitreiben auch auf kirchlichem Gebiet herbeigeführt würde, für die Verhältniswahl, daß dadurch eher die für die Arbeitsfähigkeit des Landeskirchentags wichtige Wiederkehr führender Persönlichkeiten gesichert würde. Der Antrag Scheurlen I auf Verhältniswahl für sämtliche Abgeordnete wird abgelehnt mit 60 gegen 15 Stimmen; der Antrag auf Bezirkswahl auch für Stuttgart wird mit 39 gegen 36 Stimmen angenommen, Stuttgart soll dabei nach dem Antrag D. Traub in zwei Bezirke geteilt werden. Stuttgart soll insgesamt vier weltliche und zwei geistliche Abg. haben, Cannstatt, Heilbronn, Ludwigsburg je einen weltlichen und einen geistlichen Abgeordneten. Von den Bezirken Göppingen, Ulm, Heidenheim, Reutlingen, Eßlingen, Plieningen, Tübingen, Balingen, Tuttlingen sollen im Wechsel drei Bezirk einen weltlichen und einen geistlichen Abgeordneten, die übrigen nur einen weltlichen Abgeordneten wählen. In den anderen 36 Bezirken wird je ein Abgeordneter gewählt, in zwei Wahlperioden ein weltlicher, in dem dritten ein geistlicher.

Stuttgart, 30. Mai. Ausstellung von Kirchengeräten. Vom 8. Juli bis 10. August wird im hiesigen Handelshof eine Ausstellung für Kirchengeräte und Kirchenschmuck stattfinden. Viele Einzelfirmen und eine Reihe Verbände, vor allem der Werkbund, haben sich bereits angemeldet. Es wird alles zu sehen sein, was zur Ausstattung der Kirchen dient. Der deutsche, insbesondere der schwäbische Kunstfleiß wird dabei zu eindrucksvoller Darstellung kommen.

Stuttgart, 31. Mai. Die Zeitungsnot. Eine Abordnung des Vereins Württ. Zeitungsverleger wurde gestern vom Staatspräsidenten Dr. Hieber und Finanzminister Dr. Schall empfangen. Die Abordnung gab Aufschluß über die Notlage der Zeitungen und richtete an die Minister die Bitte, dem vom Verein Deutscher Zeitungsverleger ausgearbeiteten Entwurf zur Sicherstellung des Papierbedarfs Förderung zu gewähren und bei Reichsrat und Reichsregierung dahin zu wirken, daß entsprechend der einstimmigen Entschließung des Reichstags vom 7. April auf Vorlegung geeigneter Gesetzesmaßnahmen eine Tat erfolge. Die Erfüllung der Bitte wurde zugesagt. Auch soll aus den Staatsforsten nach Möglichkeit Papierholz zur Verfügung gestellt werden.

Das Reichskabinett soll sich nach einer Berliner Meldung gestern mit der Zeitungsangelegenheit befaßt haben.

Stuttgart, 31. Mai. Nach dem Streik. Durch Verhandlungen zwischen dem Metallarbeiterverband und den Metallindustriellen wurden am Dienstag die Streitpunkte

---

Heimatwurzeln.

Roman von Hans von Hekethusen.

36 (Nachdruck verboten)

Da es Sonntag war, traf er Herrn Harfenstein, bei dessen Hause ihn der Weg zuerst vorbeiführte, daheim. Dort erfuhr er, daß Herr von Uhlenrode nicht in Tannenhof sei.

„Können Sie mir vielleicht sagen, wo er sich befindet?"

Er hielt zu Pferd vor der Wohnung des Beamten und sprach zu diesem, der auf der Treppe des Eingangs stand, hinab.

In der Erscheinung Harfensteins lag etwas, was den Beschauer sofort fesselte. Er war ein großer, hagerer Mann in mittleren Jahren. Alles an diesem Körper war lang und schmal. Ueber der gebogenen Nase blickten ein Paar tiefliegende, schwarze Augen forschend umher. Nach einer stürmischen Jugend hatte er sein Glück in Amerika versucht und dort unter Entbehrungen aller Art ein wechselvolles Leben geführt, ohne Reichtümer gesammelt zu haben. Dann hatte ihn die Heimatliebe wieder zurückgetrieben. Eins aber brachte er von drüben mit, den Trieb zu energischer Arbeit. Nach vielen Lehrjahren auf Gütern in verschiedenen Gegenden war er allmählich zu einer landwirtschaftlichen Tüchtigkeit herangereift, die jetzt schon allgemeine Beachtung fand.

Herr von Bidau, der sonst gegen Gutsbeamte sehr von oben herab sein konnte, behandelte ihn heute mit ausgesuchter Höflichkeit.

Harfenstein war aber einer von den Männern, die solche Herablassung weder nötig haben noch Wert darauf legen. Es klang ziemlich unverbindlich, als er sagte:

„Herr von Uhlenrode ist in Parnitz."

„In Parnitz?" war die erstaunte Frage.

„Ja, soviel ich verstanden habe, wollte er dem Pastor heute seinen Besuch machen. Jedenfalls nahm er den Volontär Haller in seinem Wagen mit."

„Dann ist wohl anzunehmen, daß er bald zurückkehrt?"

„Das glaube ich nicht. Er erzählte mir, daß er den Abend in Parnitz verbringen würde, da ihn das Fräulein Tante eingeladen habe."

„Er war also schon öfters dort?" fragte Herr von Bidau durch die Zähne.

Harfenstein entging es nicht, daß dem Herrn etwas an der Mitteilung nicht gefalle. So sagte er denn nur ganz kurz:

„Jawohl!"

Nach einigen Fragen, die Tannenhöfer Wirtschaft betreffend, die auch in Kürze beantwortet wurden, ohne den Wunsch zu verraten, näher darauf einzugehen, verabschiedete sich Herr von Bidau und ritt unzufrieden von dannen.

Ein starkes Mißbehagen hatte ihn befallen. Sollte er sich doch verrechnet haben? . . . Er hatte im vorigen Jahr dem jungen Uhlenrode kräftig zugeredet, Tannenhof zu kaufen, als sein Plan, ihn nach Parnitz zu bringen, an Gerdas „Kurzsichtigkeit" scheiterte. In der Begeisterung über die landschaftliche Schönheit von seiten Walters hatte er in dem Sohn des alten Regimentskameraden ein junges, unreifes Element gesehen, das leicht zu lenken und zu beeinflussen sein mußte. Er erinnerte sich sehr wohl, ihm sehr bestimmt geraten zu haben, in Parnitz nicht Besuch zu machen, und ihm angedeutet zu haben, daß er dieses wie eine Art von Rücksicht gegen ihn — Bidau — erwartete. Das Gegenteil nun heute erfahren zu müssen, verdroß ihn über alle Maßen. In der ersten Erregung beschloß er, sofort nach Hause zurückzukehren. Dann siegte ein anderes Gefühl, in das sich ein gutes Stück Neugierde mit hineinmischte — und nun nahm er doch die Richtung auf Parnitz zu.

Fast ein Jahrzehnt hatte er hier sozusagen um jeden Stein gewußt, und nun waren schon Monate verflossen und er war nicht hier gewesen . . . Ueberall zeigten sich seinen spähenden Augen kleine Veränderungen. Dort ragte der noch nicht vollendete Bau des Backofens zwischen den Pflaumenbäumen hervor. An einzelnen Häusern sah man neue Staketzäune, und was der kleinen Dinge, die vielleicht nur ihm auffallen mochten, mehr waren.

Nach dem Pastorhause, das in der hellen Junisonne wie ein Hort des Friedens zwischen den vielen blühenden Obstbäumen lag, sandte er einen mißmutigen Blick. Der einzige Groll, den er gegen das Haupt dieses Hauses von jeher hegte, hatte sich in den verflossenen Monaten verschärft.

Im Grunde legte er doch diesem allein zur Last, ihn in der Ausführung seiner Pläne gestört zu haben. Gerda hielt er noch immer für ein irregeleitetes Geschöpf, das der Wille des Pastors beherrschte, der einzig und allein von dem Gesichtspunkt ausgegangen war, hier keinen neuen Patron haben zu wollen, da ihm das Unbequemlichkeiten gemacht hätte.

Sein Blick wurde noch düsterer, als er das neben dem Pfarrhause gelegene frühere Stenzsche Grundstück streifte. In die ihn jetzt durchströmenden Empfindungen mischten sich keine guten und klaren Regungen. Mit einer Art eigensinnigem Trotz hatte er seinerzeit die Zustimmung zu dem Ankauf versagt, und ein gut Teil Eifersucht war es gewesen, daß man auch ohne ihn in Parnitz auf gute Gedanken kam, ähnlich wie damals, als Gerda zum erstenmal den Bau des Backofens wünschte. Er hielt sich für so eingearbeitet und notwendig in die hiesigen Verhältnisse, daß er auch heute noch der Ansicht war, ohne ihn müsse hier alles drunter und drüber gehen.

In ganz widerstreitende Gedanken versunken, war er bis an den Dammbruch geritten. Dort stieg er vom Pferde und übergab es dem aus der Mühle tretenden Müller. Er ärgerte sich, wie neugierig ihn der Mann anblinzelte, als wollte er sagen:

„Ja, was willst denn du wieder hier?"

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

bei den meisten Betrieben der Metallindustrie beigelegt und die Arbeit am Mittwoch wieder aufgenommen. Im Industriegebiet Groß-Stuttgart besteht nur noch bei fünf Firmen, darunter Daimler, Norma und Fein Uneinigkeit, über die jedoch am Mittwoch weiter verhandelt wurde.

Am letzten Sonntag tagte der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei für Württemberg und Hohenzollern, um zu politischen, agitatorischen und organisatorischen Fragen Stellung zu nehmen.

Stuttgart, 31. Mai. Sängerbesuch. Der Kölner Liederkranz E. V. von 1855 wird eine Sängerfahrt nach Süddeutschland veranstalten. Als Besuchsstätten wurden Bad Nauheim, Frankfurt, Würzburg, Rothenburg o. T., Nürnberg und Stuttgart festgelegt. In Stuttgart trifft der Kölner Liederkranz am 1. Juli mittags ein. Noch am selben Abend gibt er im großen Saal der Liederhalle ein Ehrenkonzert.

Die Wärme stieg gestern im Stuttgarter Tal auf 26½ Grad, womit der 15. Sommertag erreicht war.

Großbottwar, 31. Mai. Traubenblüte. In dem Harzberg-Weinberg des Johannes Kranich wurden die ersten blühenden Trauben angetroffen.

Neckarsulm, 31. Mai. Streikende. In den Fahrzeugwerken Neckarsulm sind im Lauf des gestrigen Tages die Streitpunkte ausgeglichen und die Arbeit heute früh wieder aufgenommen worden. Zur Frage der Arbeitszeit wurde vereinbart, daß nach Wiedereinstellung aller Arbeiter die 48-Stundenwoche in Kraft tritt.

Stockheim, 31. Mai. Diebstahl. Aus dem Stall des Gasthauses zum Adler wurde in der vergangenen Nacht eine trächtige Kalbel im Wert von 25—30 000 ℳ gestohlen. Das Tier wurde anscheinend auf ein Auto geladen, das in der Richtung nach Haberschlacht davonfuhr.

Geislingen a. St., 31. Mai. Unterschlagung. Im Gemeinderat wurde mitgeteilt, daß der Einkassierer des Gasgelds in Altenstadt 20 000 ℳ unterschlagen hat.

Oeflingen OA. Heidenheim, 31. Mai. Glockensammlung. Zur Beschaffung einer neuen Glocke ließ der Kirchenpfleger, Oberlehrer Degeler, eine Haussammlung veranstalten, die 20 000 ℳ einbrachte. Durch eine frühere Sammlung durch Schulkinder wurden ebenfalls 20 000 ℳ zusammengebracht, so daß es nun für eine Glocke reicht.

Wolfegg, 31. Mai. Elektrisches Geläute. In den letzten Wochen wurde hier durch die Firma Koch in Bludenz das elektrische Geläute unserer sechs Kirchenglocken eingerichtet. Die Kosten, etwa 40 000 ℳ, wurden größtenteils von Fürst Waldburg-Wolfegg übernommen, dem unsere Pfarrkirche nunmehr die elektrische Beleuchtung, das elektrische Orgelgebläse und das elektrische Geläute zu verdanken hat.

Horb, 31. Mai. Erdbeeren. Die heißen Tage haben bereits die Erdbeeren zur Reife gebracht.

Vom Bodensee, 31. Mai. Die sibirische Lilie. Auf der ganzen Uferstrecke von Friedrichshafen bis Nonnenhorn und Wasserburg blüht am Seegestade jetzt wieder die leuchtend blaue herrliche sibirische Schwertlilie. (Iris sibirica). Weithin bedeckt sie große Flächen und wo man geht und steht, trifft man Ausflügler zu der schönen Irisblüte.

Baden.

Karlsruhe, 31. Mai. Am 1. Juni tritt auf den Kraftpostlinien der Reichspostverwaltung ein neuer Fahrplan in Kraft. Die Verkehrszeiten sind aus den auf den Haltestellen ausgehängten gedruckten Streckenfahrplänen zu ersehen und auch bei den Postanstalten sowie bei den öffentlichen Auskunftstellen zu erfahren. Die Fahrpläne aller in Baden verkehrenden reichseigenen Kraftposten sind außerdem auch im Reichskursbuch und in dem „Grünen Kursbuch" für Baden enthalten.

Karlsruhe, 31. Mai. Sein 25jähriges Berufsjubiläum konnte am heutigen 31. Mai Redakteur Karl Binder an der „Badischen Landeszeitung" begehen, die bekanntlich am selben Tage ihr Erscheinen einstellt. Für Redakteur Karl Binder ist somit sein Jubiläumstag nicht so licht- und freudevoll, wie man es ihm gerne gewünscht hätte. In allen Teilen der Karlsruher Kollegenschaft erfreut sich Redakteur Binder weitgehender Sympathien, die auch aus weiten Kreisen der Bevölkerung einen Widerklang fanden, als es sich für ihn darum handelte, sich eine neue Stellung zu erringen.

Mannheim, 31. Mai. Beim Baden im Rhein ist die 33jährige Ehefrau K. Haddat ertrunken. — Nach ehelichen Zwistigkeiten hat sich die 32jährige Ehefrau eines Fabrikarbeiters in Neckarau aus dem 2. Stock ihrer Wohnung in den Hof gestürzt und lebensgefährliche Verletzungen erlitten.

Neustadt i. Schw., 31. Mai. Der Hochfirstturm ist letzter Tage von zwei hochelegant gekleideten Negerpaaren aus Südafrika erstiegen worden. Nach dem Besuch des Turmes verzehrten die vier Schwarzen eine mitgebrachte riesige Haselnußtorte und tranken dazu sechs Flaschen Bier. Als sie von der Wirtin aufgefordert wurden, eine Spende für die Zwecke des Schwarzwaldvereins zu geben, lehnten sie dies ab. Die Wirtin blieb eine schlagfertige Antwort nicht schuldig und meinte, die schwarzen Ausländer sollten dort bleiben, wo sie hergekommen sind und nicht unsere Lebensmittel „wegfressen".

Walldürn, 31. Mai. Das 10jährige Töchterchen des Arbeiters Job wollte einen Topf mit kochender Milch vom Herd ziehen. Dabei fingen die Kleider des Kindes Feuer und es erlitt so schwere Brandwunden, daß es starb.

Singen a. H., 31. Mai. Gestern vormittag halb 9 Uhr brach aus noch unbekannter Ursache in der hiesigen Metallwarenindustrie Großfeuer aus, das rasch um sich griff und großen Schaden anrichtete. Die wertvollen Maschinen wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Wie verlautet, wird eine Betriebsstörung nicht eintreten.

Konstanz, 31. Mai. Am Sonntag wurde im Stadtteil Paradies der Grundstein zu einer neuen Kapelle gelegt, die sich an der gleichen Stelle, wo die frühere alte Kapelle stand, erhebt. Durch die Opferwilligkeit der Bevölkerung des gen. Stadtteils wurde der Bau unter den heutigen schwierigen Zeiten ermöglicht. Es ist geplant, die Kapelle später zu einer Kirche auszubauen.

Heiligenberg (bei Konstanz), 31. Mai. Auf der steilen Straße von Heiligenberg nach Leustetten verlor ein Radfahrer namens Drummer aus Konstanz an einer Wegbiegung die Herrschaft über sein Rad und stürzte ab. Er erlitt schwere Verletzungen und u. a. auch eine schwere Gehirnerschütterung. Im letzten Jahr ist an der gleichen Stelle ein Konstanzer Radfahrer tödlich verunglückt.

Lokales.

Wildbad, den 1. Juni 1922.

Vom Landeskurtheater. Für diese Woche tritt noch eine Aenderung des Spielplans ein, insofern, als am Freitag abend der Schwanktschlager „Börsenfieber" und am Samstag die Joh. Strauß'sche Operette „Die Fledermaus" zur Aufführung gelangt. Der Sonntag bringt einen Operetten-Schlager, der mit größtem Erfolg an allen deutschen Bühnen aufgeführt wurde. „Meine Frau das Fräulein" wird auch hier große Erfolge zeitigen, umsomehr, als die Hauptrollen in den Händen der Damen Anni Ernst, Hanni Mayer, Gusti Körner und der Herren Otto Krauß, Hans Eulner und Karl Mahlau liegen. — Am Montag wird der größte Schwankerfolg der Gegenwart: „Der keusche Lebemann" mit Walter Billmann in der Titelrolle gegeben. Die andern Hauptrollen sind durch Hans Eulner, Gusti Körner, Käthe Bischoff, sowie die neuengagierte Salondame Martha Bruns vom Stadttheater Rostock besetzt. :f:

*

Die neuen Postgebühren. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Als Zeitpunkt für das Inkrafttreten der neuen Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren ist der 1. Juli, bezüglich der Zeitungsgebühren der 1. Oktober 1922 in Aussicht genommen.

Sommer-Sonderzüge. In den Monaten Juni, Juli und August werden wiederum mehrere Sommersonderzüge mit ermäßigten Fahrpreisen von und nach Stuttgart ausgeführt. Es handelt sich dabei um Sonderzugsverbindungen nach Friedrichshafen, München, Berlin, Köln und Dortmund, Hannover, Hamburg und Bremen. Das Nähere über die Fahrpläne, Fahrpreise, Geltungsdauer der Fahrkarten usw. der von Stuttgart abgehenden Sonderzüge wird durch Anschlag auf den Stationen bekanntgemacht.

Erhöhung der Krankenversicherungsgrenze. Der Gesetzentwurf für Erhöhung der Krankenversicherungsgrenze von 40 000 auf 72 000 ℳ Einkommen ist vom Reichstagsausschuß für Sozialpolitik angenommen worden.

Eisenbahnwagen zur Verfügung. Nach einer Mitteilung der Eisenbahnverwaltung ist jetzt eine große Zahl von Wagen unbenutzt und verfügbar. Alle Verkehrstreibende sollten diese günstige Gelegenheit zur Beförderung von Gütern aller Art nicht unbenutzt lassen und, soweit irgend möglich, Güter auf Vorrat beziehen, vor allem Massengüter, wie Kohlen, Baumaterial, Düngemittel usw. Dadurch würde auch für den Herbstverkehr, wo die Anspannung wieder sehr stark sein wird, eine vorteilhafte Entlastung geschaffen.

Gemeinschaftliche Gerichte für Württemberg und Hohenzollern im Strafgerichtswesen sollen demnächst zur Einführung gelangen. Beiderseits wurde die Zweckmäßigkeit einer solchen Gerichtsordnung anerkannt. Die Verhandlungen sind indessen noch nicht abgeschlossen.

Düngung der Obstbäume. Unsere Obstbäume, sowohl Kern- wie Steinobst, blühen heuer in nie gesehener Fülle. Weil aber im Boden gar vielfach zu wenig Nahrungsstoffe vorhanden sind, kann ein Großteil der Blüten nicht zum Fruchtansatz gelangen. Diesem Uebelstand kann dadurch abgeholfen werden, daß man den Obstbäumen in der Kronentraufe eine reichliche Stickstoffgabe in Gestalt von schwefelsaurem Ammoniak (auf 1 Quadratmeter 60—70 Gramm) zuführt und, wo letzteres nicht erhältlich, verdünnte Jauche vor, während oder nach der Blüte, wenn die Blütenblätter fallen, verabreicht. Die Mühe lohnt sich tausendfach.

Allerlei

Pf. Theodor Fischer wurde zu seinem 60. Geburtstag von der Technischen Hochschule Stuttgart zum Ehrendoktor der technischen Wissenschaften ernannt „als der große Baumeister, der die Baukunst vom Formalismus befreit und sie in Wort und Beispiel zurückgeführt hat zu Innerlichkeit und Wahrheit".

Die Steuern der Hohenzollern. In einigen Blättern ist die Frage aufgeworfen worden, weshalb die Hohenzollern noch nicht zur Steuerzahlung herangezogen worden seien. Wie vom preußischen Finanzministerium mitgeteilt wird, hat eine Gesamtveranlagung des Hohenzollernvermögens stattgefunden; gegen diese Veranlagung ist jedoch Berufung eingelegt worden sowohl vom ehemaligen Königshaus als auch von den Veranlagungsbehörden. Infolgedessen sind die Steuern vorläufig gestundet worden. Aus dem Einkommen des Schatullvermögens sind Steuern bis zum 1. April 1920 gezahlt worden. Im übr. kann der Fiskus durch die Stundung der Steuern nicht geschädigt werden, da er infolge der Beschlagnahme die ganze Vermögensmasse in Händen hat.

Auch die Schwarzen kommen. Dieser Tage trafen in Neustadt im badischen Schwarzwald als Sommerfrischler zwei nagelneu und hochelegant gekleidete Negerpaare aus Südafrika ein. Sie bestiegen den Hochfirstturm und machten es sich dann in einem Gasthof bequem, um eine Haselnußtorte zu verzehren und dazu 6 Flaschen Bier zu vertilgen. Bei der Bezahlung der Zeche meinte die „Frau Gasthof", die schwarzen Gäste sollten auch das übliche Scherflein für den Schwarzwaldverein geben, der den Turm mit großen Opfern erbaut hat. Höhnisch grinsend wiesen die Afrikaner die Bitte ab, worauf die robuste Wirtin erklärte, die schwarzen Ausländer sollten bleiben, wo sie hergekommen sind und nicht uns Deutschen die Lebensmittel „wegfressen".

Das Evangelisationswerk in Spanien, begonnen von Pastor Fritz Fliedner und fortgesetzt von seinen Söhnen, konnte dieser Tage das 50jährige Bestehen feiern.

Die berühmte Hagenbeckische Tierschau hat sich aufgelöst. Die hohen „Lustbarkeitssteuern", die Frachtkosten und die Futtermittelpreise haben das Weiterbestehen unmöglich gemacht. Ein Pariser Unternehmer hat den wertvollen Tierbestand übernommen, der nun in einer Kolonialausstellung in Marseille Verwendung finden soll.

Amerikanische Besatzungsehen. Von dem ersten aus Deutschland nach Amerika zurückgekehrten Kontingent amerikanischer Truppen, bestehend aus 11 Offizieren und 600 Mann, brachten, wie der „Auslanddeutsche", Stuttgart, aus amerikanischer Quelle berichtet, Offiziere und Soldaten 78 deutsche Frauen und 46 Säuglinge mit nach ihrer Heimat.

Die Wiener Zeitungspreise. Die Wiener „Arbeiterzeitung", die bereits ihr Abendblatt einstellen mußte, teilt in einem Bericht mit, daß ihre Herstellungskosten, die im Januar nicht ganz 60 Millionen Kronen erforderten, im April bereits über 88 Millionen Kronen hinausgingen, im Juni weit über 100 Millionen Kronen steigen werden. Daher müsse der Bezugspreis wiederum um 33 v. H. erhöht werden. Die großen bürgerlichen Zeitungen haben eine weitere monatliche Erhöhung auf 2600 Kronen vorgenommen.

Den Tod im Wasser gesucht haben in Frankfurt a. M. drei im Krankenhaus angestellte Mädchen, vermutlich aus Liebesgram. Die eine schreckte im letzten Augenblick vor der Tat zurück, die beiden andern, im Alter von 18 und 20 Jahren, sprangen Arm in Arm in den Main und ertranken.

Tod in den Bergen. Der 20jährige Sohn des Universitätsprofessors Ibsen in Innsbruck ist im Kötelsteingebiet abgestürzt.

23 Menschen im Schnee begraben. An der italienisch-französischen Grenze wurde 10 Leichen von erfrorenen italienischen Arbeitern gefunden. Am Montag hat man noch weitere 13 Leichen gefunden. 23 Menschen sind von einer Lawine verschüttet worden. Sie wollten nach Italien zurückkehren. Da sie keine richtigen Pässe hatten, versuchten sie auf Schleichwegen nach Italien zurückzukommen und sind dabei umgekommen.

Waldbrand. Um das Städtchen Arendsee in der Altmark sind große staatliche Nadelwaldbestände in Brand geraten. Anfangs suchten die aus einer Reihe von Städten aufgebotenen Feuerwehren den Feuerherd abzugraben, doch mußten sie schleunigst kehrt machen, da die Feuersglut von allen Seiten auf dem Heide- und Moorboden heranschleicht. Das Dorf Harpe, das in einem Kiefernwald liegt, ist von allen Bewohnern mit dem Vieh, Mobiliar, Ackergeräten geräumt worden, da die Flammen von allen Seiten gegen die Häuser züngeln. Wenn der Wind umschlagen sollte, wird auch für Arendsee die Lage gefährlich. Bis jetzt sind etwa 7000 preußische Morgen (rund 1790 Hektar) Wald und Moor niedergebrannt. Das Feuer ist noch nicht gelöscht.

Tschitscherins Schneider. Die Moskauer „Iswestija" Nr. 104 bringen die Zuschrift eines gewissen Josef Shurkewicz, der mit Bezugnahme auf das große Aufsehen, welches Tschitscherins Genua-Frack in der Weltpresse hervorgerufen hat, sich als Schneider Tschitscherins vorstellt und deshalb einen Teil des Verdienstes an den diplomatischen Erfolgen des Kommunismus in Genua für sich in Anspruch nimmt.

Letzte Nachrichten

Berlin, 31. Mai. Der Aeltestenrat des Reichstags kam bezüglich des Antrags Becker-Hessen, in eine Besprechung der Entschädigungsnote einzutreten, zu keiner Einigung. Wahrscheinlich werden die Unabhängigen beantragen, daß der Reichstag in eine Besprechung der Note eintritt, sobald die Regierung in der Lage ist, hierüber eine Erklärung abzugeben. Wann dies der Fall sein wird, ist unbestimmt.

*

Eßlingen, 31. Mai. Landesturnfest. Der 11. Turnkreis Schwaben hält vom 29.—31. Juli hier sein Landesturnfest. Am 23. Juli findet ein Jugendtreffen mit turnerischen Wettkämpfen und Wettschwimmen statt.

Hausen a. d. Z., 31. Mai. Brand. In dem großen Wohn- und Wirtschaftsgebäude von Karl Flinsbach an der Straße nach Lauffen brach gestern nachmittag, während der Besitzer und seine Angehörigen auf dem Felde waren, Feuer aus, das in kurzer Zeit das ganze Anwesen einäscherte.

Laupheim, 31. Mai. Eingestellte Autolinie. Nach 12jähriger Dauer hat die Kraftwagenlinie Wibilingen-Ulm ihre Auflösung beschlossen. Das Unternehmen rentierte sich nicht mehr.

Tuttlingen, 31. Mai. Besitzwechsel. Die frühere Wirtschaft zur „Linde", Inhaber Dreher und Heinemann, Weinhandlung, wurde um den Preis von 385 000 Mk. an die Kartonnagenfabrik Schäfer u. Münzer verkauft.

Hausen a. A. (Hohenzollern), 31. Mai. Unglaublich. Einem Landwirt, der schon längere Zeit in seinem Stall Unglück hatte, machten Zigeuner vor, daß eine Hexe in seinem Stall ihr Unwesen treibe. Sie erklärten sich bereit, diese zu vertreiben. Nach und nach entlockten sie dem Landwirt 60 000 Mark. Zum Schluß kam ein Schreiben aus einem Kloster mit der Unterschrift „Oberpater Jepitäus", in dem weitere 22 000 Mark angefordert wurden, um die Hexe ganz aus dem Stall zu beseitigen. Der Bauer borgte auch diese Summe und erzählte auf Befragen des Gläubigers die ganze Geschichte. Dieser rief den Landjäger herbei, der sofort zwei Zigeuner verhaftete und nach Sigmaringen einlieferte. Von den 82 000 Mark wurden nur noch 22 000 Mark beigebracht.

Mildes Urteil gegen Anspach

Berlin, 31. Mai. Der Schwindler Anspach wurde wegen Fälschung zweier Pfandscheine zu 10 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Diese Fälschungen sind nicht zu verwechseln mit den hochverräterischen Umtrieben im Dienst der Franzosen. In diesen Fällen ist über den Stand der Untersuchung noch nichts bekannt.

Berlin. Wie die Blätter melden, dauerten auch gestern nachmittag die polnischen Unruhen in Oberschlesien an, und nahmen sogar an Umfang zu. Gruppen von 20 bis 50 Personen durchzogen, polnische Lieder singend, die Straßen von Kattowitz. Personen, die für Deutsche gehalten wurden, wurden aufs grausamste verprügelt. Die Besatzungstruppen und die Polizei sahen den Ausschreitungen tatenlos zu. Auch in der Umgebung von Kattowitz herrschen ähnliche Zustände. So wurden auf der Balldon-Hütte und auf der Ferdinand-Grube die deutschen Arbeiter schwer mißhandelt. Der deutsche Bevollmächtigte hat bei der interalliierten Kommission in Oppeln um Schutz der Deutschen vor den polnischen Ausschreitungen ersucht.

Tarnowitz. Dienstag nacht wurden hier Plakate angeschlagen, in denen aufgefordert wird, für jeden Angriff auf polnisch Gesinnte, wie sie angeblich in letzter Zeit häufig von deutschen Fanatikern ausgeführt worden sein sollen, an einem Reichsdeutschen (Heimattreuen) Vergeltung zu üben.

Paris. Der „Newyork Herald" schreibt, daß die neuen Vollmachten, die das Garantiekomitee in Berlin haben werde, Washington wahrscheinlich veranlassen müsse

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

be, einen ständigen Finanzsachverständigen in dieses Komitee zu entsenden. In gut unterrichteten Kreisen erklärte man gestern, daß die Annahme der Bedingungen der Reparationskommission durch Deutschland eine Annäherung mit den Vereinigten Staaten zur Folge haben werde, und daß es nur eine Frage der Zeit sei, daß die Regierung der Vereinigten Staaten beschließen werde, ein aktives Interesse an allen Fragen der deutschen Finanzen zu nehmen, besonders in Bezug auf die Reparationsanleihe, die jetzt als fundamentaler Faktor der Reparationsfrage angesehen werde.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 31. Mai: 277.30 Mark.

Die schwebende Reichsschuld ist in der dritten Maiwoche um fast 4 Milliarden auf 285 682 785 000 Mark angewachsen.

Deutsche Landwirtschaftsbank e. G. m. b. H., Karlsruhe. Die Generalversammlung hat die Dividende wie im Vorjahr wieder auf 5 Prozent festgesetzt. Bei der Bilanzsumme von 89 Millionen und nahezu 2,6 Milliarden Mark Jahresumsatz kann die Bank auf ein befriedigendes Geschäftsjahr zurückblicken.

Fabelhafte Weinpreise. Das „Fachblatt der Weinbau" veröffentlicht einige Ergebnisse von Weinversteigerung, die beinahe unglaublich erscheinen, der Literpreis schwankt meist zwischen 100 und 1000 ℳ. Ausnahmsweine haben es schon über 2000 ℳ gebracht und zwar handelt es sich um 1920iger Jahrgänge. So kosten 1000 Liter Würzburger Stein Riesling Trockenbeeren Auslese Bayerische Hofkellerei Würzburger 723 000 ℳ, Piesporter Riesling Auslese (Reichsgräfliche Kesselstättisches Majorat) 715 000 ℳ, Deitesheim Hohlmorgen Riesling Beerenauslese (Dr. Bassermann) Jordan 900 000 ℳ, Mochenheimer Gerümpel Riesling Beerenauslese (Albert Bürklin Wolff) 1 600 000 ℳ, Forster Freund Stück Riesling Beerenauslese (von Bulsches) Weingut Deitesheim 2 010 000 Mark. — Diesen Zahlen gegenüber muß es als merkwürdig erscheinen, daß die badische Staatsanwaltschaft alle auf der badischen Naturweinversteigerung in Offenburg abgesetzten Weine, deren Hektoliterpreis sich zwischen 3000 und 30 000 ℳ bewegte, wegen angeblicher Preistreiberei beschlagnahmte. Diese Maßnahme hat unter den badischen Winzern und in Weinheim viel böses Blut gemacht.

Einen noch nicht dagewesenen Preis erzielte bei einer Versteigerung ein Merino-Stammbock der Merinofleisch-Stammschäferei Merzdorf bei Schwiebus (Brandenburg). Er wurde mit 352 000 Mark bezahlt. Im ganzen gelangten 50 Zuchtböcke zum Verkauf, für die annähernd 2 Millionen Mark gelöst wurden.

*

Stuttgarter Börse, 31. Mai. Die Börse war heute bestrebt, die Kurse, welche gestern allzu stark zurückgegangen waren, dem höheren Stand an den auswärtigen Börsen anzupassen. Neben Kurserhöhungen gab es aber auch Kursrückgänge, besonders bei denjenigen Werten, die nur hier gehandelt werden. Von den Bankaktien gewannen Bankanstalt 9 bei 205, Notenbank waren 30 höher bei 530, Hypothekenbank 175, Vereinsbank 240. Von den Brauereiwerten notierten Ravensburg 370, wogegen das Bezugsrecht auf 25 v. H. zurückging. Rettenmeyer 370, Pfauen 473, Hohenzollern 20 nachgebend bei 280, Wulle waren wieder 369, Eßlinger 210, Zehn 160. Auf dem Markt der Metallaktien zogen Feinmechanik um 45 auf 1050 an, Hohner blieben schwächer bei 1400, Junghans 370, Metallwarenfabrik 1200 (1210). Von den Maschinenwerten stiegen Daimler auf 390, Laupheimer 820 (800), Eßlingen 748, Heßer 700 (730), Weingarten nur wenig schwächer bei 7.., Neckarsulmer 20 höher bei 610. Von den Spinnereiaktien haben sich Erlangen gut gehalten bei 1240, Unterhausen 1800, Bietigheim 1300 (1350). Kolb-Schüle gewannen 260 und blieben bei 1260 gesucht, Kottern schlossen 50 höher bei 1500, Kuchen 1180, Filz 1150, Eßlingen 1190, Kattun 100 höher bei 2500. Von den übrigen Werten stiegen Anilin auf 590, Bremen-Besigheimer um 55 auf 1530, während Verlagsanstalt auf 1020 zurückgehen mußten. Köln-Rottweiler 690 (640), Krumm 330 (300), Salzwerk Heilbronn 950, Schleppschiffahrt 650 (700), Bäckermühle 570 (590), Straßenbahnen verloren 15 und schlossen 185, Stuttgarter Zucker befestigten sich auf 770, Mannheimer Oel 770 (750), Transport abgeschwächt bei 720, Ziegelwerke 650.

Württ. Vereinsbank.

Kemptener Butter- und Käsebörse: Butter: 51.80 (in der Vorwoche 50.10) ℳ das Pfund. Gesamtumsatz 53 167 (54 449) Pfd. Weichkäse (mit 20 v. H. Fettgehalt): 29.38 (28.60) ℳ. Gesamtumsatz 382 940 (329 446) Pfund. Allgäuer Rundkäse: 35.12 (34.19) ℳ. Gesamtumsatz: 105 303 (85 912) Pfund. Nachfrage für Butter und Allgäuer Rundkäse sehr gut, bei Weichkäse decken sich Angebot und Nachfrage.

Der Verband süddeutscher Getreidebörsen und Märkte hat folgende Entschließung den Behörden unterbreitet: „Für den Fall, daß die Regierung ein Umlagesystem für das kommende Wirtschaftsjahr beschließt, verlangt der Verband, daß Süddeutschland innerhalb der öffentlichen Bewirtschaftung anders als bisher an den Geschäften durch die Organe derselben beteiligt wird, und daß die Kommunalverbände gesetzlich verpflichtet werden, sich des ansässigen Handels zu bedienen." — Auch in der Frage des Vorgehens gegen unlautere Elemente wurde die Grundlage für ein einheitliches Vorgehen sämtlicher Verbandsbörsen geschaffen, dadurch, daß Personen, die beim Schiedsgericht oder bei der Vollstreckungsklage beim ordentlichen Gericht Einwände machen, die gegen die kaufmännische Ehre verstoßen, auf einer schwarzen Liste bei sämtlichen Verbandsbörsen zum Aushang gebracht werden sollen. Der Verband wird zwecks Schaffung eines einheitlichen Getreideschlußschein's möglichst für ganz Deutschland zu einer Besprechung der beteiligten Kreise Einladungen ergehen lassen.

Der Verein süddeutscher Mehlhändler hat in einer Entschließung verlangt, daß eine schleunige Abänderung der Preistreibereigesetzgebung im Sinn der Wünsche der Spitzenverbände des Handels und der Industrie vorzunehmen ist. Dem Marktpreis sei als angemessener Faktor der Preisbemessung Anerkennung zu gewähren. Ueber die Höhe des Marktpreises sollen jeweils Vertretungen des Handels befragt werden. Bei seiner Festsetzung sind die Kosten der Wiederbeschaffung angemessen zu berücksichtigen. Die Wuchergerichte sind aufzuheben.

Märkte

Viehmarkt Karlsruhe, 29. Mai. Zufuhr: 365 Stück: 24 Ochsen, 24 Farren, 16 Kühe und 48 Färsen, 25 Kälber, 35 Weidemastschafe, 207 Schweine. Preis für den Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1. Sorte: 3050—3150 ℳ, 2. Sorte 2900—3050 ℳ, 3. Sorte 2800—2900 ℳ, 4. Sorte 2650—2800 ℳ. Farren: 1. Sorte 2700 bis 2800 ℳ, 2. Sorte 2600—2700 ℳ, 3. Sorte 2500—2600 ℳ, Kühe: 1. Sorte 3050—3150 ℳ, 2. Sorte 2900—3000 ℳ, 3. Sorte 2850 bis 3050 ℳ, 4. Sorte 2600—2850 ℳ, 5. Sorte 1750—1900 ℳ, Kälber: 3. Sorte 2750—2900 ℳ, 4. Sorte 2600—2700 ℳ, 5. Sorte: 2300 bis 2600 ℳ; geringere Lämmer u. Schafe 1900—2000 ℳ; Schweine 240—300 Pfund 3100—3200 ℳ, 200—240 Pfund 3000—3100 ℳ, 160—200 Pfund 2900—3000 ℳ, unter 160 Pfund 2800—2900 ℳ, Sauen 2700—2800 ℳ. Beste Qualität über Notiz bezahlt. Tendenz des Marktes: lebhaft; der Markt wurde geräumt.

Mannheim, 30. Mai. Die ersten Kirschen waren dem gestrigen Wochenmarkt zugeführt. Der Händler aus Offenburg setzte die Ware zu 20 ℳ für das Pfund an hiesige Wieder-erkäufer ab, die dann 25 ℳ forderten.

Wetter-Bericht

Störungen ziehen aus Südwesten auf. Am Freitag und Samstag ist vielfach bedecktes und mit zahlreichen Gewittern verbundenes Wetter zu erwarten.

Die Frauen in den Landwirtschaftskammern

Auf Antrag des Preußischen Landesverbands landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine hat die Preußische Hauptlandwirtschaftskammer einen Ausschuß für landwirtschaftliche Frauenarbeit gegründet. Er besteht aus je einem weiblichen Mitglied der Landwirtschaftskammern der preußischen Provinzen und hat folgende Arbeitsgebiete in Angriff genommen: Organisation der Landfrauen und ihre Mitwirkung in Interessenvertretungen und Hausfrauenvereinswesen, ländliches Schul-, Fortbildungs- und Fachschulwesen der weiblichen Jugend, weibliches Lehrlingswesen, ländliche Wohlfahrtspflege, soziale Einrichtungen, Wohnungsfragen, landwirtschaftliche Frauenarbeit (Hausgehilfen, Arbeiterinnenwesen), Buchführungsfragen, Produktion, Absatz und Verteilung landwirtschaftlich-hauswirtschaftlicher Erzeugnisse, Mitwirkung der Frau bei der Siedlung. Dieser Frauenausschuß hat die Aufgabe, die Frauenarbeit in den verschiedenen Landwirtschaftskammern zu verbinden und zu fördern. Frau Elisabeth Boehm, Haus Langarben, wurde einstimmig zur Vorsitzenden des Ausschusses gewählt.

Spiel-Plan des Landes-Kurtheaters
vom 2. Juni bis 11. Juni 1922,
je abends 8 Uhr.

Freitag, 2. Juni: „Börsenfieber".
Samstag, 3. Juni: „Fledermaus".
Sonntag, 4. Juni: „Meine Frau das Fräulein".
Montag, 5. Juni: „Der keusche Lebemann".
Dienstag, 6. Juni: „Das Extemporale".
Mittwoch, 7. Juni: „Dreimäderlhaus".
Donnerstag, 8. Juni: „Spanische Fliege".
Freitag, 9. Juni: „Luderchen".
Samstag, 10. Juni: „Der letzte Walzer".
Sonntag, 11. Juni: „Die Dollarprinzessin".

Linden-Künstlerspiele: Heute Donnerstag abend halb 9 Uhr **Eröffnung.**
u. a. A. GROASER, Süddeutschlands bester Zauberkünstler!

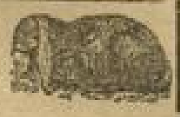
Zucker.
Auf Aushilfsmarke 1 der neuen Brotkarte erhält man bei den Kaufleuten 1300 gr. Zucker á 11.— Mk pro Pfd., oder Mk. 28.60 pro Person.
Lebensmittelamt.

Steuererhebung.
Nachstehender, die Vervollkommnung und Vereinfachung der Steuererhebung bezweckender Aufruf des Reichsfinanzministeriums wird hiemit bekannt gegeben:
Zahlt durch Ueberweisung oder durch Einzahlung mittels Zahlkarten auf das unten verzeichnete Postscheckkonto des Finanzamts.
Ihr spart dadurch Zeit und Geld.
Jeder, der ein Konto besitzt (beim Postscheckamt bei einer Bank oder Sparkasse, bei einer Gemeinde oder ähnlichen Kasse) kann seine Zahlungen an die Finanzkasse am bequemsten und billigsten durch Ueberweisung bewirken.
Wer kein Konto besitzt:
lege sich eins an
oder
zahle mittels der Zahlkarte.
Formulare sind auf allen Postämtern zu haben.
Neuenbürg, den 29. Mai 1922.
Finanzamt Neuenbürg
— Postscheckkonto Stuttgart No. 638 —

Einige 100 Liter Most
hat abzugeben.
Stolzenfels.

Alleinverkauf für Wildbad und Umgebung.
Schuhhaus
W. Treiber
Ludwig-Seegerstr. 17.
Beachten Sie die Schaufenster mit den neuen Gesellschafts und Strassen-Modellen.

Am Pfingstsamstag, den 3. Juni 1922 bleiben unsere Kassen und Büroräume
geschlossen.
Direction d. Disconto-Gesellschaft
Zweigstelle Wildbad.

Geflügel- u. Kaninchen-Züchterverein Widbad.

Zur Kücken-Aufzucht
ist durch frühzeitigen Einkauf am Lager (R. Treiber)
gelbe geschälte Hirse p. Pfd. 10.-
Bruchreis „ 9.-
sehr empfehlenswert für ältere Kücken
gebrochenen Weizen 8.50
ferner für Groß-Geflügel
schönes Mischfutter 7.50
für Kaninchen-Züchter
Karnol per Paket 1.-
Diejenigen Züchter, welche Bundesringe wünschen, haben dieselbe sofort bei Kassier Hartmann unter Angabe der Rasse und des Geschlechts zu bestellen.
Nächsten Samstag abend ½9 Uhr
Ausschußsitzung.
im Gasthaus zum „Windhof".
Der Vorstand.

Metzger-Innung Neuenbürg-Wildbad
Sitz Wildbad.
Von heute ab tritt nachstehende Fleischpreiserhöhung in Kraft:
Kalbfleisch p. Pfd. Mk. 46.-
Schweinefleisch „ „ 45.-

Orangen, Zitronen, Feigen, Datteln, Erd, Wal-, Hirschnüsse, Dörrobst, Käse, Zwiebel, Gemüse, Teigwaren, sowie verschiedene Weine, Liköre, frische Kirschen und Erdbeeren
empfiehlt
Romano Chieregato.
In den nächsten Tagen werden Bananen eintreffen.
— Kartoffel sind jederzeit zu haben —

Oskar Burghard Pforzheim
Großhandlung in Möbelbezügen
Zerrennerstr. 1/3 Telephon 163
empfiehlt sein stets reichhaltiges Lager in Möbelbezügen, Vorhängen, Dekorationsstoffen, Teppichen, Decken, Vorlagen etc.

Fußb.-Verein Wildbad
verein. Fußb.- u. Sportver.
Morgen Freitag abend ½9 Uhr
Spielerversammlung
im Gasth. zum „Hirsch".
Pfingst-Wettspiele der 1., 2., 3. u. 4. Mansch.
Die Spielleitung.

Jüngere, gewandte
Saaltochter
(von hier bevorzugt)
für sofort gesucht.
Wo? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gummistempel
für alle Zwecke liefert
Buchdruckerei Wildbader Tagblatt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw